

Ergebnisprotokoll
der 27. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung
und Energie vom 31.10.2013

Beginn: 15.45 Uhr

Ende: 17.15 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Liess
Herr Gottschalk
Herr Sulimma
Herr Hamann in Vertretung für Frau
Kennard
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Frau Neumeyer
Herr Imhoff
Herr Hipp in Vertretung für Herrn Strohm-
mann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe
Herr Werner
Frau Dr. Schaefer

II Verwaltung

Herr Dr. Sünemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Eickhoff
Frau Urban
Herr Polzin
Herr Viering
Herr Lübbling
Frau Prof. Dr. Reuther
Frau Köhnlein
Frau Dr. Wehlau
Herr Koch
Frau Pieper
Herr Donaubaue

Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
kehr

ASV
BBN

III Gäste

Herr Oertel
Herr Kahl

Naturschutzbeirat
Ortsamtleiter Oberneuland

IV Gastdeputierte

Herr Saffe
Frau Dr. Schierenbeck
Frau Metschies

Bündnis 90 / Die Grünen
Bündnis 90 / Die Grünen
SPD-Fraktion

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 27. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: - Protokoll 18/26 der Sitzung am 19.09.2013 - Protokoll der Sondersitzung am 30.09.2013)	
-------	--	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu..

TOP 4	Bebauungsplan 2447 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe - Sagehorn, Olbersstraße (Verlängerung) und Dahlwasdeich - Planaufstellungsbeschluss -FB 01-	Vorlage 18/289
-------	---	-------------------

-zurückgezogen-

TOP 5	Bebauungsplan 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Soennecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nord-östlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 27.09.2013) - Planaufstellungsbeschluss - Öffentliche Auslegung - FB 01-	Vorlage 18/299
--------------	--	-------------------

Herr Hipp stellt fest, dass eine sehr großflächige und kompakte Bebauung angrenzend an die Gärten der Nachbarschaft und im Kontrast zur umliegenden Bebauung, überwiegend mit Reihenhäusern, geplant sei. Er bittet um Prüfung, ob im Interesse der Anwohner die Bebauungsmöglichkeiten abgestufter gestaltet werden können.

Herr Viering erläutert, dass diese Belange im Rahmen der zu beschließenden öffentlichen Auslegung eingebracht werden können und im weiteren Verfahren abgewogen werden.

Herr Pohlmann begrüßt grundsätzlich die Schaffung von Wohnungen, auch von Geschosswohnungsbau, im ursprünglich als Gewerbefläche geplanten Büropark Oberneuland. Die Planungen sollten in enger Vernetzung mit dem Beirat und den Anwohnern erfolgen.

Herr Imhoff erkundigt sich nach den nächstgelegenen ÖPNV Haltestellen.

Frau Dr. Schierenbeck fordert eine bessere Anbindung für die Radfahrer, auch in Richtung Innenstadt.

Herr Kahl übermittelt die Stellungnahme des Fachausschuss Bau: Bei der Vorstellung des ersten Planentwurfs sei dem Beirat erklärt worden, dass nur innerhalb der Baufenster entlang der BAB 27 eine viergeschossige Bebauung erforderlich sei. Der Ausschuss fordere deshalb in allen übrigen Bereichen eine zweigeschossige, allenfalls in Teilen eine dreigeschossige Bebauung vorzusehen. Außerdem seien angemessene Freiflächen vorzusehen. Eine so verdichtete Bebauung, wie sie im Planentwurf vorgesehen ist, lehne der Beirat ab. Der Ausschuss sehe keinen Grund dafür, Gebäude mit einer Länge von 50 m zu zulassen und wird einen solchen Plan ablehnen. Der Ausschuss fordere, das Baugebiet auch über die Kaspar-Faber-Straße an den Achterdiek anzubinden und die Kaspar-Faber-Straße sowie die Ludwig-Soennecken-Straße in den Bereichen zwischen der Louis-Leitz-Straße und dem Achterdiek als Einbahnstraße vorzusehen. Dies werde zu einer Verteilung der Verkehrsbelastung und zu einer Verminderung der Belastung für die Anwohner führen. Dies sei wegen der ohnehin hohen Lärmbelastung durch die Autobahn unbedingt erforderlich. Der Achterdiek sei im Bereich zwischen Kaspar-Faber-Straße und der Ehmckstraße angemessen auszubauen und deshalb in den Planbereich einzubeziehen. Der Ausschuss fordere durch eine Gestaltungssatzung eine vielfältige und für Oberneuland angemessene Bebauung sicher zu stellen und den Beirat bereits frühzeitig während der Planung zu beteiligen. Die Grünbebauung ist gestalterisch an die Bebauung im Bereich Lisa-Kessler-Straße anzupassen.

Eine Befassung des Beirats werde am 13.11.2013 erfolgen.

Frau Prof. Dr. Reuther erläutert, dass es sich um ein Pilotprojekt im Rahmen des Bündnisses für Wohnen handele. Aus dem ursprünglichen Büropark sollte in Teilen einen Wohnpark entwickelt werden. Dem liege ein städtebauliches Konzept zugrunde. Die ursprüngliche Planung und Entwicklung sei in der Maßstäblichkeit entsprechend auf einem klassischen Büropark ausgelegt gewesen. Insofern erfordere auch die Entwicklung von Wohnbebauung dort eine entsprechende Größenordnung.

Die Erschließung verlaufe einerseits in Richtung der gewachsener Strukturen in Horn, andererseits aber liege das Gebiet direkt an der Autobahnabfahrt Vahr und insbesondere die Wegever-

bindung, auch die Radwege, führen von Oberneuland in Richtung Vahr, wo auch die Infrastruktur wie Schulen, Nahversorgung, Ärzte etc. in ca. anderthalb Kilometer Entfernung vorhanden sei

Herr Viering führt aus, dass Wohnen im Sinne eines Mischgebietes entwickelt werden solle. Im MI2 könne Wohnen auch in Zukunft nicht zugelassen werden. Dort werden weiterhin Büros oder vergleichbare gewerbliche Einrichtungen angesiedelt, die auch ein entsprechend größeres Volumen haben werden, als beispielsweise ein Reihenhaus. Im MI1 werde neben der Wohnnutzung auch weiterhin Nichtwohnnutzungen möglich sein. Deswegen orientieren sich die zulässigen Höhen an dem städtebaulichen Entwurf des damaligen Bebauungsplans.

Der Vorschlag des Fachausschusses, den Achterdiek weiter nach Süden und die Anbindung auch über die südwestliche Fläche zu führen, sei bereits geprüft worden. Dadurch würden bestimmte Bereiche mit geplanter neuer Wohnnutzung weniger belastet. Allerdings der erforderliche Eingriff wesentlich größer und es gebe neue Betroffene, von denen bekannt sei, dass sie einer solchen Planung nicht zustimmen würden. Die Frage einer Enteignung stelle sich nicht, da es eine andere sinnvolle Erschließungsmöglichkeit gebe. Die öffentliche Auslegung sei das geordnete Verfahren, um weitere Anregungen und Hinweise aufzunehmen und zu prüfen, wie damit umgegangen werden soll.

Herr Polzin weist darauf hin, dass die nächstmöglichen Haltepunkt des ÖPNV in der Vorlage auf Seite 6 und 7 dargestellt seien. Dies seien die Linie 20 im Achterdiek sowie die Linie 1 in der Vahr und die Busse in der Paul-Singer-Straße, die über die Fußgängerbrücke über die Autobahn zu erreichen seien. Es werde dennoch geprüft ob und zu welchen Konditionen hier eine Busverbindung möglich sei. Es bestehe jedoch ein Zielkonflikt, da die Einwohneranzahl nicht ausreiche, um eine Buslinie zu rechtfertigen.

Herr Kahl merkt an, dass das Nahverkehrsversorgungskonzept für Oberneuland grundsätzlich nicht befriedigend sei. Der Beirat sei stark daran interessiert, dass es keine Einzellösungen bleibe, sondern das Gebiet hinsichtlich der ÖPNV-Erschließung ganzheitlich betrachtet werde.

Beschluss:

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Sonnecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 01.10.2013) ein Bebauungsplan gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan 2443). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele verfolgen.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Sonnecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 01.10.2013) einschließlich Begründung zu.“

„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2443 für ein Gebiet in Bremen-Oberneuland beiderseits der Ludwig-Sonnecken-Straße, Johann-Neudörffer-Straße, Ludwig-Sütterlin-Straße und Kaspar-Faber-Straße, nordöstlich Achterdiek (Bearbeitungsstand: 01.10.2013) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.“

einstimmig

TOP 6	Bebauungsplan 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg - Bericht der Deputation -FB 01-	Vorlage 18/305
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfes 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg (Bearbeitungsstand: 14.10.2013) abgesehen wird.“

2. „Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahme und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplanes 2431 für ein Gebiet in Bremen - Woltmershausen zwischen Visbeker Straße, Im Langen Brink und Schmidtsweg (Bearbeitungsstand: 14.10.2013).“

einstimmig

TOP 7	Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 161. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Vegesack für das Grundstück Vegesacker Bahnhofplatz 1A – 2A (Flurstücke 411/3, 717, Vegesack Flur 3) -BBN-	Vorlage 18/291
--------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ortsgesetz über die Verlängerung der Geltungsdauer des 161. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen - Vegesack für das Grundstück Vegesacker Bahnhofplatz 1A – 2A (Flurstücke 411/3, 717, Vegesack Flur 3) zu.

einstimmig

TOP 8	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 59 (mit Vorhabenplan 59) zum Vorhaben „Seniorenwohnanlage Zum Fichtenhof 1“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Straße Zum Fichtenhof 1 (Flurstücke 65 und 66 der Flur VR 356) (Planaufstellungsbeschluss, beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB) -BBN-	Vorlage 18/297
--------------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer macht den Verfahrensvorschlag, das Thema zu diskutieren, aber den Beschluss zu verschieben und das Ressort und das BBN zu bitten, mit dem Vorhabenträger weitere Gespräche zu führen.

Diese Straße mit ihren Doppelhäusern sei sehr typisch für diese Zeit und es bestehe dort eine Erhaltungssatzung, was bedeute, dass jeder private Hausbesitzer an seiner Fassade nichts verändern darf. Es sei schwer nachzuvollziehen, warum dieses Bauvorhaben sich gar nicht an die Regeln des geltenden Bebauungsplanes halten müsse. Es sei ein sehr massives Gebäude geplant, das sehr nah an die Nachbargrundstücke herankomme und nicht in einer Flucht sei. Weiter sei fraglich, weshalb keine Tiefgarage geplant sei, sondern Stellplätze ausgewiesen werden. Entgegen der Darstellung in der Vorlage stehe nicht das gesamte Gebäude leer, sondern nur der Gewereteil. Es wohnen also noch Menschen dort. Auch was die Baustruktur und auch die Höhe angehe sei auffällig, dass dreigeschossig geplant werde, während alle andern Gebäude in der Umgebung nur zweigeschossig seien. Es wäre gut, wenn noch einmal mit dem Investor geredet werden könne, ob es möglich sei, so zu planen, dass die Vorgaben des geltenden Bebauungsplanes eingehalten werden können.

Herr Liess schließt sich dem Verfahrensvorschlag an.

Es gehe auch um die Frage der verkehrlichen Erschließung, insbesondere wenn dort ein Restaurantbetrieb eingerichtet werden solle. Die vom Vorhabenträger geplante Bebauung sei völlig untypisch für die Umgebung und man müsse auch in Betracht ziehen, dass gemäß den Richtlinien der Erhaltungssatzung einem Anwohner vor einiger Zeit Erweiterungsbauten verwehrt wurden und hier nun ein Gebäude hinkommen solle, das im Rahmen des geltenden Bebauungsplanes keine Chance hätte, errichtet zu werden. Er erwarte für das nächste Mal eine Klarstellung, ob die Erstellung eines VEP hier rechtlich haltbar sei. Bereits in den Planungszielen werde festgesetzt, dass man es mit drei Baukörpern zu tun habe und wie diese angeordnet werden sollen. Dadurch fehle die notwendige Offenheit, um einen solchen Plan zu diskutieren und abzuwägen.

Herr Imhoff schließt sich dem Vorschlag und den genannten Kritikpunkten an und erwartet beim nächsten Mal Lösungen.

Kein Beschluss, die Deputation bittet um Überarbeitung.

TOP 9	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 53 (mit Vorhabenplan 53) zum Vorhaben „Wohn- und Geschäftshaus im Zentrum Lesum“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen - Hindenburgstraße (nördlich) - Oberreihe - Am Mönchshof (Planaufstellungsbeschluss - Aufhebung) -BBN-	Vorlage 18/298
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Planaufstellungsbeschluss vom 03.12.2009 zum **vorhabenbezogenen Bebauungsplan 53 (mit Vorhabenplan 53) zum Vorhaben „Wohn- und Geschäftshaus im Zentrum Lesum“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Hindenburgstraße (nördlich), Oberreihe und Am Mönchshof** aufgehoben wird.

einstimmig

TOP 10	Erschließung Hermann-Ritter-Straße -ASV-	Vorlage 18/302
--------	--	-------------------

Herr Imhoff möchte wissen, ob es einen Kompromiss zur Nutzung der Parkplätze einer anliegenden Firma gebe.

Diese Frage wird bilateral beantwortet.

Auf Nachfrage von **Herrn Saxe** erklärt **Frau Pieper**, dass der Angebotsstreifen für Fahrradfahrer zwar grundsätzlich breiter ausgeführt werden könne, dies aber auf ausdrücklichen Wunsch des Beirats hier nicht gemacht wurde. Die Fahrbahn würde dadurch insgesamt breiter werden und dies haben der Beirat und auch die Anwohner abgelehnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der Maßnahme zu.

einstimmig

TOP 11	Straßenbenennungen Konsul-Smidt-Straße (Erweiterung) -ASV-	Vorlage 18/303
--------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

einstimmig

TOP 12	Grundsanie rung Bürgermeister-Spitta-Allee zwischen Schwachhauer Heerstraße und Kurfürstenallee Bereitstellung der erforderlichen Planungsmittel -ASV-	Vorlage 18/244
--------	---	-------------------

Herr Saxe erinnert daran, dass es aufgrund schlecht einsehbarer Grundstücksausfahrten und unklarer Regelungen dort zwei schwerere Unfälle mit Radfahrern gegeben habe. Im Rahmen der

Planung müsse diese Problematik angegangen werden. Der im Augenblick vorhandene vierstreifige Ausbau sei als sehr großzügig anzusehen.

Herr Imhoff möchte wissen, ob geplant sei, von einer vierspurigen zu einer zweispurigen Straße zurückkehren.

Herr Hamann geht davon aus, dass in diesem Prozess, insbesondere bei der Schaffung von Querungen, auch der Landesbehindertenbeauftragte eingebunden werde.

Frau Pieper führt aus, dass die Straße grundhaft erneuert werde. Grundsätzlich werden Straßen dann den heutigen Verkehrslagen anpasst und umgestaltet. Es werde eine Planung aufgestellt, wie diese konkret aussehen werde, bleibe abzuwarten. Mit der Planung werde die Deputation dann erneut begrüßt werden. Der Landesbehindertenbeauftragte werde gerade bei Querungen mit einbezogen.

Auf Nachfrage von **Herrn Imhoff** erklärt **Frau Pieper**, dass für die Abwicklung des aktuellen täglichen Verkehrsaufkommens eine zweispurige Straße ausreiche, die ggf. an den Knotenpunkten erweitert werde.

Herr Imhoff erklärt, dass seine Fraktion diese Vorlage und die Planung ablehne, weil hier wieder eine Gängelei der Autofahrer stattfinde und einseitige Fahrradfahrer- und Fußgängerpolitik betrieben werde.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der erforderlichen Planungsleistungen zu.

Gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 13	Prüfung der Arbeitsprozesse und Aufgaben in der senatorischen Dienststelle des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Bewältigung der Folgen des sanierungsbedingten Personalabbaus -1-	Vorlage 18/295	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt vom Inhalt der Vorlage Kenntnis.

TOP 14	Mehrbedarfe bei der Zuweisung an den Umweltbetrieb Bremen, Nachbewilligung von Haushaltsmitteln -1-	Vorlage 18/296	L/S
---------------	---	-------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Nachbewilligung bei der Haushaltsstelle für Rahmenanlagen auf Friedhöfen an den Umweltbetrieb Bremen und der vorgeschlagenen Einsparung bei den Wohngeldausgaben zu.

einstimmig

TOP 15	Kommunales Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ Dritte Förderperiode 2011 – 2016 Berichterstattung Monitoring Soziale Stadt und Weiterentwicklung des Programms für die Jahre 2014 - 2016 -7-	Vorlage 18/293
---------------	---	-------------------

Herr Pohlmann erklärt, dass das Monitoring zeige, dass mit WIN ein gutes und notwendiges Programm auf den Weg gebracht wurde. Wenn Gebiete aus der Förderung herausfallen, sei dies grundsätzlich positiv. Der Beirat und der Betroffenen im Alwin-Lonke-Quartier seien jedoch nicht gerade erfreut. Mit einer Übergangszeit von sechs Monaten und einer Mittelhöhe von 5.000€ solle der Prozess weitergeführt werden. In Anbetracht der Einwendungen und Anregungen seitens des Beirats und der Betroffenen schlägt er vor, dass zum Bereich Alwin-Lonke-Quartier in einem Jahr erneut ein Sachstandsbericht vorgelegt werden solle.

Herr Imhoff betont, dass das WIN ein Programm sehr vielschichtig und vielfältig sei und sehr viele gute Projekte enthalte. Leider enthalte dieses große Programm aber auch viele Programme und Aktivitäten, die er für nicht in Ordnung und für überflüssig halte. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion sich dazu enthalten.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht Monitoring Soziale Stadt 2013 zur Kenntnis und beschließt die sich daraus ergebenden Empfehlungen zum Programm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der CDU

TOP 16	Berichte der Verwaltung	
TOP 16a)	Planungsstand „Sanierung und mögliche Nutzung des Pavillons an der ehemaligen Wendeschleife der Linie 1 in Osterholz“	BdV mündlich

Herr Viering berichtet, dass der Pavillon als Teil des künftigen Marktplatzes in Abstimmung mit der Ortspolitik und den Bürgern erhalten und neu funktionsfähig gemacht werden solle. Es gebe eine Planung aus Mitteln der Sozialen Stadt, die Kosten betragen etwas über 300.000 €. Davon seien bereits ca. 85 – 90 % gesichert und es sei geplant, noch in diesem Jahr die Aufträge zu erteilen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16b)	Neues Stellplatzortsgesetz für innovatives, nachhaltiges Bauen nutzen -FB 01-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Werner begrüßt die angekündigte Broschüre für Bauherren und Architekten, in der die Möglichkeiten des Stellplatzortsgesetzes verständlich dargestellt werden sollen. Er regt an, den Adressatenkreis auf das Gewerbe allgemein auszudehnen. Gerade bei Gründungen oder Gewerbeummeldungen und Umnutzungen von Gebäuden seien nicht nur Bauherren und Architekten betroffen. Es wäre sinnvoll, das Thema auch in die Gründungsberatung bei der WfB zu tragen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16c)	Praktische Umsetzung der Vorgaben für Genehmigungsverfahren aus dem Bündnis für Wohnen - FB 01/ 6-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 16d)	Sachstand zur Planung der weiteren Bebauung des Stadtwerters - 6-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Werner möchte wissen, wann die weiteren Gespräche geplant seien, wer diese führen werde und was Gegenstand der Gespräche sein solle.

Frau Neumeyer fragt, ob durch den Bau der nun geplanten kleineren Wohneinheiten anstelle von Reihenhäusern weniger Familien im Gebiet einziehen werden.

Frau Prof. Dr. Reuther kündigt an, dass am nächsten Montag um 19:00, in der Contrescarpe 72 zu einem Gespräch eingeladen sei. Damit solle auf die vielen Anregungen und Beschwerden reagiert werden und mit allen, die Interesse daran haben, über dieses Projekt diskutiert werden. Das Konzept sei durchaus auch für Familien geeignet. Auch die Deputierten sind herzlich eingeladen, an dem Termin teilzunehmen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16e)	Spannungsrisskorrosionsgefährdeter Spannstahl bei Brückenbauwerken -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16f)	Vorbelastungen des Grundstücks "Hermann-Funk-Straße 5" in Bremen-Hemelingen -2-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass auf dem Grundstück mit asbesthaltigen Auffüllungen zu rechnen sei. Die Schlussfolgerung sei, dass Baumaßnahmen am Untergrund an sehr strenge Umweltauflagen und Auflagen an den Arbeitsschutz gekoppelt seien. Trotzdem wurden in den letzten Wochen dort Bautätigkeiten durchgeführt. Sie bittet das Ressort, dem nachzugehen.

Herr Gottschalk fragt, ob die auf dem Boden stehende Auffangwanne ausreichend sei.

Herr Viering berichtet, dass die Bauaufsicht anlässlich des Hinweises vor Ort war. Es konnten keine Arbeiten mit Asbest festgestellt werden. Es werde in einem anderen Zusammenhang ein Gespräch mit dem Grundstückseigentümer geben und bei dieser Gelegenheit werde der Eigentümer gemeinsam mit der Abfallbehörde auf dieses Risiko und die damit verbundenen Pflichten hingewiesen. Eine Wanne sei Voraussetzung für das Projekt. Diese könne auch oberirdisch gebaut werden. Die Genehmigung hänge davon ab, ob die Vorkehrungen ordnungsgemäß seien. Dies werde im Genehmigungsverfahren geprüft. Die Frist dazu habe noch nicht begonnen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16g)	KLAS KlimaAnpassungsStrategie Extreme Regeneignisse Bericht zum Stand September 2013 -33-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Gottschalk stellt fest, dass die drei wesentlichen Perspektiven in Angriff genommen werden: Das Krisenmanagement, Anpassungsmaßnahmen im Stadtgebiet und die Information und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Hier werde ein intensiver, integrativer Ansatz verfolgt, aus dem zugleich sichtbar werde, welche Querverbindungen berücksichtigt werden müssen und welche Komplexität in diesem Projekt stecken werde. Dies sei eine gute Grundlage, wenn es im weiteren Prozess darum gehe, dieses in der Stadtentwicklung zu verankern und mit Beiträgen zu diskutieren. Auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit müsse weiter verfolgt werden. Bei den privaten Schutzmaßnahmen habe die Nachfrage bei den Fördermaßnahmen zur Untersuchung der Kanäle eine sehr große Resonanz. Eine erforderliche Sanierung erfordere jedoch weit höhere Summen. Nicht jeder sei in der Lage, diese aufzuwenden. Es sei zu prüfen, inwieweit vergünstigte Kredite möglich seien. Das Programm laufe bis Ende 2014, er erwarte rechtzeitig im nächsten Jahr einen Bericht, wie es danach weitergehe.

Frau Dr. Schaefer betont, dass Klimaanpassung ein sehr wichtiges Thema sei, sowohl was Hitze als auch Starkregen angehe. Es werden mehrere Maßnahmen aufgezählt, die bei Starkregen greifen sollen, wie Rückstauf Flächen, Entsiegelung, Dachbegrünung usw., Hulsberg und Münchner Straße werden als Pilotprojekte genannt. Perspektivisch müsse dies unter Einbeziehung der Beiräte auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Auch die Deichverbände wollen stärker integriert werden, weil sie mit den Hauptlasten des Wassers zurechtkommen müssen.

Herr Koch führt aus, dass das Projekt KLAS den Einstieg in eine Klimaanpassung markiere. KLAS laufe 2014 aus. Über eine Verstetigung dieses Prozesses werde man sich sicher noch einige Gedanken machen müssen. Im Rahmen der Aufstellung des Flächennutzungsplanes sei die Gelegenheit genutzt worden, auch das Thema Klimaanpassung in diesen Prozess mit einzuspeisen. Es werde einen Beiplan zum Flächennutzungsplan geben, der die Entwicklungspotentiale zur Anpassung an den Klimawandel darstelle. Dieser Beiplan werde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zum Flächennutzungsplan auch mit den Beiräten erörtert und könne in dieser Form

auch verstetigt werden. Die Deichverbände werden bei einer Verstetigung des Prozesses wieder mit einbezogen.

Dem Bericht sei der Zwischenbericht der hanseWasser zum Projekt KLAS beigefügt. Es wurde eine dezidierte Analyse durchgeführt, was die wesentlichen Gründe für die vollgelaufenen Keller bei Starkregenereignissen seien. Im Ergebnis habe sich gezeigt, dass die Problematik nach wie vor im mangelhaften Rückstauschutz auf den privaten Grundstücken bestehe. Die Bevölkerung müsse weiter dafür sensibilisiert werden. Mit dem Einstieg in eine Klimaanpassungsstrategie werde das Problem der vollgelaufenen Keller nicht gelöst.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 16h)	Sachstand zur Zusammenführung der VBN-Preisstufen I und II in Bremen - 52-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Zusammenführung der VBN-Preisstufen I und II in Bremen zur Kenntnis.

TOP 16i)	Sachstandsbericht zum Spiel- und Jugendhaus Hahnenkamp im Schweizer Viertel in Osterholz Tenever -7-	BdV schriftlich	
-----------------	--	--------------------	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17	Verschiedenes		
TOP 17a	Herr Saxe bittet um einen schriftlichen Bericht, ob Partikelfilter für Baumaschinen in der Umweltzone vorgeschrieben werden können.		
TOP 17b	Frau Dr. Schierenbeck bittet um einen mündlichen Sachstand zur Stromversorgung der Stahlwerke.		

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 27. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll